

Betreff:

Schnellstmöglich Transparenz und Handlungsfähigkeit bei ESWE Verkehr gewährleisten
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 01.12.2021-

Antragstext:

Seit dem gescheiterten Versuch eine sog. Citybahn in Wiesbaden zu implementieren, kommt der Mobilitätsdienstleister der LHW, die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, nicht mehr zur Ruhe. Neben den Skandalen im Zusammenhang mit der Citybahn, für die noch ein Revisionsbericht aussteht, kam es zu weiteren problematischen Entwicklungen. Zunächst gab es erhebliche Probleme mit der Beschaffung emissionsfreier Busse bzw. bei der Implementierung dieser. Sodann scheiterte mehrmals der Versuch einen neuen Geschäftsführer für die Gesellschaft zu berufen. Mit den aktuellen Presseberichten zur angefochtenen Wahl der zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder, zur Eingruppierung der Mitglieder des Betriebsrats in bestimmte Vergütungsstufen und dem Vorwurf bzgl. der Besetzung leitender Positionen bei ESWE Verkehr erreicht die Unruhe im und um das Unternehmen einen neuen Höhepunkt. Insoweit verstärkt sich die bereits im Raum stehende Frage nach der Handlungsfähigkeit des zuständigen Dezernenten und Aufsichtsratsvorsitzenden Kowol. Ebenso verstärkt sich die Fragestellung bzgl. des Untätigbleibens des Oberbürgermeisters als Gesamtverantwortlichem. In Anbetracht der schwerwiegenden Vorwürfe, sowie wohl bei der Staatsanwaltschaft vorliegender Strafanzeigen, ist erheblicher Handlungsdruck im Hinblick auf die Herstellung von Transparenz und die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Führung des Aufsichtsrates geboten. Dies gebieten auch die Fürsorgepflicht und die Fairness gegenüber den beschuldigten Mitarbeitern. Auch im Hinblick auf das Projekt Kransand stellen sich nach der Ablehnung der Übernahme der Fläche durch die Stadt erhebliche Haftungs- und Rechtsfragen. Der Ausschuss möge beschließen:

I. Höhergruppierungen

Der Magistrat wird gebeten:

1. die Praxis der Höhergruppierung (Beförderung) in Tarifstufen bei ESWE Verkehr zu erläutern.
2. Stellung zu den Anschuldigungen bzgl. der vorgeworfenen unberechtigten Höhergruppierung von Mitarbeitern zu nehmen.

II. Stellenbesetzung ohne Ausschreibung

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu den erhobenen Vorwürfen im Hinblick auf die Besetzung von leitenden Funktionen ohne Ausschreibung Stellung zu nehmen. Dabei soll insbesondere zur der Frage Stellung genommen werden, ob noch ausstehende Urlaubstage von früheren Arbeitgebern übernommen wurden und, inwieweit dies rechtlich zulässig ist.
2. zu berichten, wie viele Stellen bei ESWE Verkehr seit Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzes durch Stadtrat Kowol ohne Ausschreibung besetzt worden sind und jeweils den Grund dafür darzustellen.
3. zu berichten, wie viele Stellen im Dezernat V seit Wahl von Stadtrat Kowol ohne Ausschreibung besetzt wurden und jeweils den Grund dafür darzustellen.

III. Kransand

Der Magistrat wird gebeten,

1. schriftlich und in übersichtlicher - am besten in tabellarischer Form - darzulegen, welche Kosten durch das Projekt entstanden sind. Ebenso soll dargelegt werden, welche Kosten aktuell und der Maßnahme für ESWE Verkehr entstehen.
2. in schriftlicher Form zu berichten, welche Kosten auf ESWE Verkehr bei dauerhaftem Verbleib des betreffenden Gebietes bei der Gesellschaft entstehen.

Antrag Nr. 21-F-05-0028

FDP

3. darzustellen, welche Gespräche zwischen Dezernat V und der Geschäftsführung von ESWE Verkehr in Bezug auf den Ankauf des Kronsandes geführt wurden (chronologisch) und den Inhalt der entsprechenden Gespräche zu erläutern.
4. zu berichten, welche rechtlichen Konsequenzen - auch im Hinblick auf den Straftatbestand der Untreue - durch den Nichtankauf der Fläche durch die Stadt für ESWE Verkehr bzw. die relevanten Mitarbeiter zu erwarten sind.

Wiesbaden, 01.12.2021